

2026/I/Recht/8 Kreis Eimsbüttel

Demokratie schützen – Rechtsextremismus entschieden entgegentreten – AfD-Verbotsverfahren prüfen

Beschluss:

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

1. Die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die SPD-Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass sich der Hamburger Senat auf Bundesebene für die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD nach Art. 21 Abs. 2 GG einsetzt.
2. Die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die SPD-Mitglieder des Senats werden außerdem aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass auf Bundesebene Schritte eingeleitet werden, um die AfD nach § 18 PartG von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen.
3. Die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die SPD-Mitglieder des Senats werden schließlich aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass rechtsextreme Beamt*innen und Angestellte mit AfD-Parteimitgliedschaft konsequent aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden, sofern sie gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft